

Landtagswahlen 2018

Anliegen und Forderungen der Landfrauen im BBV (Stand: Mai 2018)

Die Landfrauen im Bayerischen Bauernverband fordern:

1. die Unterrichtung von „Alltagskompetenz und Lebensökonomie“ in einem eigenständigen Schulfach

Verbraucheraufklärung und -bildung in Einrichtungen für Kinder und Jugendliche sowie schulbegleitende Projekte legen den Grundstein zum mündigen Verbraucher. Die Landfrauen halten an ihrer Forderung fest, dass Alltagskompetenz und Lebensökonomie verpflichtend als eigenständiges Unterrichtsfach an Schulen über alle Schularten hinweg von der 1. – 10. Jahrgangsstufe unterrichtet wird. Dies schließt Inhalte der Haus- und Landwirtschaft in Theorie und Praxis ein.

2. die Vermittlung von haus- und landwirtschaftlichem Verständnis in Lehreraus- und fortbildungen sowie einen verpflichtenden Besuch eines landwirtschaftlichen Betriebes alle fünf Jahre und die Einbindung externer Fachkräfte in den Unterricht

Haus- und landwirtschaftliches Verständnis für Lehrkräfte, die Alltagskompetenz und Lebensökonomie sowie landwirtschaftliche Themen unterrichten, muss bei der Lehreraus- und fortbildung verpflichtend vermittelt werden. Ein Besuch eines landwirtschaftlichen Betriebes sowohl in der Lehrerbildung und dann alle fünf Jahre im Rahmen einer Lehrerfortbildung sollte verpflichtend sein, damit die Bedeutung des Lernortes Bauernhof erkannt wird und Schülern ein realistisches Bild der Landwirtschaft im Unterricht vermittelt werden kann. Außerdem empfiehlt sich die Einbindung externer Fachkräfte mit hauswirtschaftlichem und landwirtschaftlichem Hintergrund in die Ernährungsbildung im Schulunterricht.

3. die Weiterführung, die finanzielle Aufstockung und die Ausweitung des Projekts „Landfrauen machen Schule“

Mit dem Projekt „Landfrauen machen Schule“ konnten seit 2002 über 65.000 Grundschulkinder mit den Grundlagen einer ausgewogenen Ernährung mit heimischen Produkten vertraut gemacht und ihnen die Herkunft der Lebensmittel näher gebracht werden. Die Landfrauen fordern, dass dieses Projekt fortgesetzt wird und die dafür benötigten finanziellen Mittel bereitgestellt werden und die Kostendeckelung der letzten Jahre aufgehoben wird. Die Landfrauen fordern außerdem ein gefördertes Projekt vergleichbar mit dem Projekt „Landfrauen machen Schule“ für die Klassen weiterführender Schulen.

4. die Stärkung der Pflege im ländlichen Raum

Die Pflege eines Angehörigen im ländlichen Raum darf nicht an den Voraussetzungen scheitern, weil Pflegedienste oder Beratungsstellen fehlen. Ältere Menschen haben ein Recht auf einen wohnortnahen Pflegeplatz. Daher fordern die Landfrauen die Anhebung der Wegegebühren bei erhöhtem Fahraufwand der Pflegedienste, die Festlegung eines verbindlichen Personalschlüssels in der Fürsorgearbeit unter Berücksichtigung hauswirtschaftlicher Fachkräfte und die regelmäßige Anpassung der hauswirtschaftlichen und Pflegevergütungen an steigende Personal- und Sachkosten. Außerdem sollen Maßnahmen zur Zusatzqualifizierung und Weiterbildung für Angehörige und ehrenamtlich Engagierte ermöglicht, anerkannt und finanziell gewürdigt werden. Der Aufbau von Netzwerken und die Schaffung von flächendeckenden Anlaufstellen für pflegende Angehörige sind neben der Unterstützung von alternativen Wohnformen im ländlichen Raum und

der Beobachtung, wie sich die Pflegestärkungsgesetze auf die Betroffenen auswirken, ein weiteres Anliegen der Landfrauen im BBV.

5. die Sicherstellung der wohnortnahen medizinischen Versorgung im ländlichen Raum

Bayerns Gesundheitsministerium will mehr Ärzte für den ländlichen Raum gewinnen. Bereits 2012 wurde das Programm zum Erhalt und zur Verbesserung der ärztlichen Versorgung aufgelegt.

Aus Sicht der Landfrauen muss das Förderprogramm auf die Zielerreichung hin überprüft werden und müssen bewährte Maßnahmen zur Verbesserung der medizinischen Versorgung auf dem Land weiter ausgebaut werden.

6. die Unterstützung der Hebammen durch die Einrichtung eines Gesundheitsfonds und die Einstufung der Geburtshilfe als Teil der Daseinsvorsorge

Hebammen leisten wertvolle Arbeit für junge Familien und die Gesellschaft im Ganzen. Dennoch steht der Berufstand vor großen Herausforderungen. Da ist zum einen das Problem der hohen Haftpflichtprämien und um anderen sind die Arbeitsbedingungen in vielen Kliniken sehr herausfordernd. Die Folge: Frauen finden einfach keine Hebamme mehr. Die Landfrauen im BBV wollen die Hebammen unterstützen und fordern die Einrichtung eines Gesundheitsfonds statt einer Haftpflichtversicherung aus der Fehlverhalten entschädigt wird. Außerdem sollte es als Teil der Daseinsvorsorge des Staates verstanden werden, dass Frauen ihre Kinder überall in Deutschland mit professioneller Hilfe einer Hebamme bekommen können. Wenn die Geburtshilfe wie die Notfallhilfe als Teil der Daseinsvorsorge an Krankenhäusern verankert wird, kann sie nicht einfach abgeschafft werden.

7. die Verkürzung der Wartezeit durch die Ausweitung des Angebotes bei Mütterkuren

Aus der Tradition heraus sind es überwiegend die Frauen, die die Hauptverantwortung in der Haus- und Familienarbeit tragen. Auf Dauer können die vielfältigen Belastungen die Mütter überfordern und es ist höchste Zeit für eine Auszeit vom Alltag – eine Mütterkur. Nach erfolgreicher Beantragung einer Mütterkur vergehen bis zum Antritt der Maßnahme oft bis zu neun Monate. Die Wartezeit ist deutlich zu lang. Die Landfrauen im BBV fordern daher eine Verkürzung der Wartezeiten durch Ausweitung des Angebotes.

8. die Neuauflage einer Bäuerinnenstudie

Die Daten der letzten Bäuerinnenstudie sind über zehn Jahre alt. In dieser Zeit hat sich viel getan. Aktuelle Zahlen sind wichtig, um die Vielfalt des Berufsbilds Bäuerin und ihren Einfluss auf den ländlichen Raum sichtbar zu machen. Daher fordern die Landfrauen im BBV eine Neuauflage einer Bäuerinnenstudie.

9. die Novellierung des Erwachsenenbildungsförderungsgesetzes

Die bayerische Erwachsenenbildung steht im Frühjahr / Sommer 2018 vor einer Novellierung des Erwachsenenbildungsförderungsgesetzes (EbFöG, 1974). Die Landfrauen und das BBV Bildungswerk setzen sich für ein neues EbFöG ein, um damit einen sicheren rechtlichen Rahmen für die Bildungsarbeit im BBV und die Arbeit der Ehrenamtlichen zu erreichen. Wichtig dabei ist neben einer sicheren Gesetzesgrundlage, die ehrenamtliche Arbeit fördert und ermöglicht, eine ausreichende Finanzausstattung und eine professionelle Erwachsenenbildung nah an den Bedürfnissen, Wünschen und Defiziten der Menschen in ganz Bayern.

10. die Einführung von Bildungsschecks auch für Bauernfamilien

Die Regierungserklärung von Ministerpräsident Markus Söder vom 18.4.2018 sieht unter „II: Wir schaffen Modernität durch Digitalisierung“ eine verbesserte digitale Teilhabe für Arbeitnehmer durch die Etablierung einer digitale Weiterbildungsförderung vor. Es sollen sog. Bildungsschecks von maximal 500 Euro für Mitarbeiter von kleinen und mittleren Unternehmen eingeführt werden.

Die Landfrauen im BBV fordern Bildungsschecks auch für die Bauernfamilien, damit sie sich für die digitale Landwirtschaft fit machen können z.B. durch Kurse wie Topfit im Agrarbüro.